

Imperial Presidency Revisited – George W. Bushs republikanisches Gottesgnadentum*

CLAUS LEGGEWIE

»Über uns: nur der Himmel«
Slogan der Bush-Kampagne 2000

Fragesteller: »Zum ersten Mal habe ich das Gefühl,
dass Gott im Weißen Haus ist«.

Präsident Bush: »Ich danke Ihnen«.
Wortwechsel beim Town Hall Meeting
im Präsidentschaftsduell 2004

Die wenigsten Europäer konnten sich einen erneuten Wahlsieg von George W. Bush vorstellen, weil sie sich dieses Ergebnis nicht vorstellen *wollten*. Dabei war vorhersehbar, dass John F. Kerry trotz einer bemerkenswerten Anstrengung nicht genügend Amerikaner mobilisieren würde; vor allem religiös orientierte Wähler haben Bush im Weißen Haus bestätigt und die bis dato knappe republikanische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gestärkt. Diese Wählerbasis des »roten Amerika« wird nun erstaunt zur Kenntnis genommen, als wäre der religiöse Faktor erst unter der Bush-Administration stark geworden. »Amerikas seltsamer Platz« auf der Weltkarte normativer Orientierungen (mit starken traditionellen *und* Selbstverwirklichungswerten¹) ist immer wieder herausgestrichen worden,² und sie ist für das Verständnis der politischen Kultur der Vereinigten Staaten elementar.

So lag auf der Hand, dass die Entscheidung am 2. November 2004 innerhalb des religiösen Lagers fallen würde – zwischen dem heutigen (fun-

* Das Manuskript für diesen Beitrag wurde am 18. November 2004 fertiggestellt.

1. Vgl. *The Economist* 11.1.2003, nach <http://kermit.cc/categories/politics/2003/01/13.html>.
2. Vgl. dazu den guten historischen und aktuellen Überblick bei Rainer Prätorius, *In God We Trust. Religion und Politik in den USA*, München 2003 und die Beiträge in Michael Minkenberg/Ulrich Willems (Hrsg.), *Politik und Religion*, pvs-Sonderheft 33/2002.

damentalistisch durchwirkten) Mainstream-Protestantismus zuzüglich katholischer und anderer Kräfte, die man als »religiöse Rechte« bezeichnet, und einer moderat-religiösen Wählerschaft, die gegen Abtreibung und Homo-Ehe eingestellt ist, aber nicht so weit geht wie der Präsident und die Führung der Republikanischen Partei und die vor allem im Blick auf die Kriegsführung im Irak und gegen den Terrorismus Zweifel hat.³ Das unterscheidet sie von den »true believers«, die Bush jr. gerade als Oberbefehlshaber vertrauen und gläubig folgen. Auch amerikanische Beobachter sind überrascht von der großen Glaubensbereitschaft und Heilerwartung, die Bush-Anhänger über alle rationalen Einwände gegen den Irakkrieg sowie über offensichtliche Lügen, Verdrehungen und Manipulationen und, wie im entscheidenden »battleground state« Ohio, auch über eigene materielle Interessen hinweggehen lassen.⁴ Denn Bushs politische Agenda schenkt Problemen der Deindustrialisierung, der Vernichtung und dem Export von Arbeitsplätzen wenig Beachtung und schiebt zugleich durch Steuernachlässe für Superreiche und massive Staatsverschuldung jeder distributiven und redistributiven Politik einen Riegel vor.

Ziel der Republikaner ist die radikale, unumkehrbare Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates. Dadurch soll den Demokraten in den USA und den Anhängern einer stärker sozial ausgerichteten Politik weltweit der Boden entzogen werden – womit klar wird, wie wenig Spielraum ein Präsident Kerry gegen einen so eingestellten Kongress gehabt hätte.⁵ Man darf in der Bilanz der vergangenen Amtszeit der Bush-Administration und trotz der Ankündigung des Präsidenten, nun auf die unterlegene Seite zuzugehen, fest davon überzeugt sein, dass Bush die konservative Revolution in den USA mit diesem beeindruckenden Mandat durch das amerikanische Volk in höherem Tempo zu vollenden gedenkt – und dass er sie nicht zuletzt über den »Krieg gegen den Terror« auch exportieren will.

Die politisch-kulturellen Grundlagen dieser Revolution⁶ und ihre besondere Dynamik sollen im Folgenden skizziert werden, wobei ich die

3. Vgl. dazu meine Vorwahl-Einschätzungen in *Two Nations – One President? Kulturelle Spaltung und religiöser Fundamentalismus in den USA vor den Wahlen* (Reihe Politikinfo, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 2004) und »Über uns: nur der Himmel«, *taz* 16.10.2004.

4. Vgl. dazu präzise Seymour M. Hersh, *Die Befehlskette*, Reinbek 2004.

5. Thomas Greven, *Die Republikaner. Anatomie einer amerikanischen Partei*, München 2004.

6. Claus Leggewie, *America First? Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt/Main 1997.

Möglichkeit einer »imperialen Präsidentschaft« neuen Typs skizzieren möchte. Die eindrucksvolle Bestätigung von George W. Bush im Amt wird eine Tendenz verschärfen, die schon seit dem Elften September 2001 deutlich geworden ist und die der Historiker Arthur Schlesinger als *imperial presidency* charakterisiert hat – ein die amerikanische Verfassung strapazierendes und das Prinzip der Gewaltenteilung aushöhlendes Bestreben eines Präsidenten, Macht in seiner Hand zu konzentrieren und dabei weit über die ihm zustehende Funktion als Regierungschef und Oberbefehlshaber hinauszugehen.⁷ Bush jr. agiert weit stärker ohne Rücksicht auf den Kongress und die Gerichte als Richard Nixon, auf den Schlesinger den Begriff gemünzt hatte. Während der ebenso rechtsgerichtete Nixon aber ein säkularer Macht- und Klientelpolitiker war, gründet Bush jr. seine imperialen Ambitionen auf einen religiös-charismatischen Herrschaftstyp, den man als demokratische, jedoch nicht mehr liberale Variante von Gottesherrschaft skizzieren kann.

Das religiöse Amerika gibt den Ausschlag

Die Wahlen im November 2004 haben deutlich gemacht, dass im heutigen Amerika kulturelle Faktoren die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Krise und der sozialen Ungleichheit überschatten und »moralische Themen« (einschließlich der Charaktereinschätzung der beiden Kandidaten) ins Zentrum rücken können. Bush konnte etwa in Ohio laut Nachwahlumfragen vor allem unter weißen Katholiken erheblich aufholen. Ungefährdet blieb der republikanische Vorsprung auch in demografisch rascher wachsenden Staaten wie Florida, Nevada und Arizona. Diese Regionen sind nicht nur Amerikas Altersheim mit vorwiegend weißen Rentnern, dorthin zieht es auch soziale und ethnische Gruppen, die in den Augen mancher Demografen und Parteiforscher für eine strukturelle Mehrheit der Demokraten sorgen sollten: College-Absolventen, junge Familien, Latinos.⁸ Die Novemberwahl hat gezeigt, wie ausschlaggebend die Rolle der »people of faith« und wie geteilt und polarisiert Nation und Wählerschaft waren. Die meisten Beobachter des politischen Systems der

7. Arthur M. Schlesinger jr., *The Imperial Presidency. With a New Epilogue by the Author*, Boston 1989.

8. Vgl. dazu die neuen Studien von William H. Frey/Brookings Institution (<http://www.brook.edu/views/op-cd/wfrey/200409.htm>); *The Economist* 2.10.2004.

USA bestätigen die empirische Studie des Pew Research Center for the People & the Press im Sommer/Herbst 2003⁹: Selten zuvor lagen Anhänger von Republikanern und Demokraten in ihrer Sicht auf die Weltlage im Allgemeinen und Amerika im besonderen so weit auseinander, was tiefe Grundüberzeugungen ebenso wie aktuelle Lageeinschätzungen betrifft. Man bedenke aber, dass die darauf gestützte These von den »zwei Nationen« eine Kulturkampfparole der Neokonservativen aus den Clinton-Jahren war¹⁰, und so lautete die Gegenthese, zerstritten seien weniger die amerikanischen Durchschnittsbürger als vielmehr die Ideologen der Denkfabriken, die »pundits« und Spin-Doktoren, die Medien und die Parteiapparate.¹¹

Die Zwei-Nationen-These ist durch das Wahlergebnis, soweit man bisher sehen kann, bestätigt worden. Bush und die Republikaner haben so gut wie überall gegenüber 2000 hinzugewonnen (vgl. Tabelle 1). Trotz der sozialstrukturellen Polarisierung und der unbestreitbaren Notlage vieler Regionen sowie klammer Staatshaushalte wurde die soziale Lage vornehmlich nach politisch-ideologischer Präferenz interpretiert. Folglich gaben andere Faktoren den Ausschlag als die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Bush. Sie wurde ähnlich scharf wie die Sicherheitspolitik kritisiert, dies ist aber in den elektronischen Medien und zu Joe & Jean Sixpack, dem US-Durchschnittspaar, kaum durchgedrungen.¹² Auch die Latinos werden mit zunehmender Aufenthaltsdauer und wachsendem Einkommen konservativer und stellen für die Demokraten ebenso wenig eine sichere Bank dar wie die schwarze Mittelschicht.

9. *Evenly Divided and Increasingly Polarized. 2004 Political Landscape*, Washington D.C. November 2003, zum Einfluss der Religion S. 65 ff.

10. Vgl. zuletzt Gertrude Himmelfarb, *One Nation, Two Cultures: A Searching Examination of American Society in the Aftermath of Our Cultural Revolution*, New York 2000, dagegen Alan Wolfe, *One Nation, After All: What Middle Class Americans Really Think About God, Country, Family, Racism, Welfare, Immigration, Homosexuality, Work, The Right, The Left and Each Other*, New York 1999 und jetzt Morris P. Fiorina, Samuel J. Abrams, Jeremy C. Pope, *Culture War? The Myth of a Polarized America*, New York 2004. Vgl. auch Stanley B. Greenberg, *The Two Americas: Our Current Political Deadlock and How to Break It*, New York 2004.

11. John Tierney, *New York Times*, 21. Juni 2004.

12. Paul Krugman, *The Great Unraveling: Losing Our Way in the New Century*, New York 2003; Ron Suskind, *The Price of Loyalty: George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill*, New York 2004 und Richard. A. Clarke, *Against All Enemies: Inside America's War on Terror*, New York 2004.

Tabelle 1:
Das »rote« Amerika hat gewählt

<i>Wählergruppen (in % der Gesamtwählerschaft)</i>	<i>Bush 2004 (%)</i>	<i>Bush 2000 (+/-%)</i>	<i>Kerry (%)</i>
<i>Geschlecht</i>			
Männer (46)	55	+2	44
Männer, weiße (36)	62	–	37
Frauen (54)	48	+5	51
Frauen, weiße (41)	55	–	44
<i>Ethnische Gruppen</i>			
Weißer (77)	58	+4	41
African-Americans (11)	11	+2	88
Latinos (8)	44	+9	53
Asiaten (2)	44	+3	56
Andere (2)	40	+1	54
<i>Altersgruppen</i>			
18–29jährige (17)	45	–	54
30–44 (29)	53	+4	46
45–59 (30)	51	+2	48
60 und älter (24)	54	+7	46
<i>Einkommen unter</i>			
15.000 (8)	36	–	63
30.000 (15)	42	–	57
50.000 (22)	49	–	50
75.000 (23)	56	–	43
100.000 (14)	55	–	55
150.000 (11)	57	–	42
200.000 (4)	58	–	42
200.000 und mehr (3)	63	–	35
<i>Schulabschluss</i>			
Keine High School (4)	49	+10	50
High School (22)	52	+3	47
College-Besuch (32)	54	+3	46
College-Abschluss (26)	52	+1	46
Hochschulabschluss (16)	44	+/-0	55

Tabelle 1:
Das »rote« Amerika hat gewählt

<i>Wählergruppen (in % der Gesamtwählerschaft)</i>	<i>Bush 2004 (%)</i>	<i>Bush 2000 (+/-%)</i>	<i>Kerry (%)</i>
<i>Religionszugehörigkeit</i>			
Protestantisch (54)	59	+3	40
Evangelikal/wiedergeboren (23)	78	–	21
Katholisch (27)	52	+5	47
Jüdisch (3)	35	+6	74
Andere (7)	23	–5	74
Keine	31	+1	67
<i>Kirchgang</i>			
wöchentlich (41)	61	–	39
gelegentlich (40)	47	–	53
nie (14)	36	–	62
<i>Haltung zur Homo-Ehe</i>			
Legalisieren (25)	22	–	77
»Civil Unions« (35)	52	–	47
Keine Legalisierung (37)	70	–	29
<i>Wählergruppen</i>			
Erst- und Neuwähler (11)	46	+3	53
Kurzfristige Entscheidung (9)	44	–	53
2000 nicht gewählt (17)	45	–	54
Urban (30)	45	–	54
Suburban (46)	52	–	47
Rural (25)	57	–	42

Quelle: Exit Polls CNN

Auf die mittlerweile zur protestantischen Mehrheit aufgestiegene Gruppe der Evangelikalen, Born-Again-Christians (Wiedergeborene) und Pfingstler konnte sich Bush stärker als sämtliche republikanischen Präsidenten vor ihm verlassen. Der Präsident, der als einstiger Alkoholabhängiger aus seiner Bekehrung zu Jesus (»dem größten politischen Philosophen«) keinen Hehl macht, kann sich auf eine in westlich-säkularen Gesellschaften fast einmalige Entwicklung stützen: Die Gesellschaft

der Vereinigten Staaten ist seit den 1980er Jahren noch religiöser geworden, als sie es im Verhältnis zu Zentraleuropa immer schon war. 71 Prozent der Amerikaner stimmen in Umfragen damit überein, dass Beten ein wesentlicher Teil ihres täglichen Lebens sei, dass sie an das Jüngste Gericht glauben und dass sie niemals an der Existenz Gottes zweifeln. Dabei hat sich der Anteil derjenigen, die besonders fest an Gott glauben, in den letzten Jahrzehnten noch erhöht, worin sich das Vordringen der protestantischen (und anderen) Fundamentalisten in der amerikanischen Religionslandschaft spiegelt. Davon haben die konservativen Republikaner erheblich profitiert. Die liberalen Demokraten hingegen leiden unter dieser (frei nach Carl Schmitt) »protestantischen Verschärfung«, ebenso wie unter dem Abdriften der weißen Katholiken zur Grand Old Party (G.O.P.).¹³

Von einer evangelikalen Veto-Macht republikanischer Parteitage hat sich die religiöse Rechte zu einer Hauptströmung des politischen Systems gemauert.

Bushs Wahlkampfteam unter Karl Rove hat sich besonders um diese Klientel gekümmert, die bei der Präsidentschaftswahl 2000 keineswegs begeistert war, sondern im generellen Ekel vor der Politik und auch in Enttäuschung über die vielen gebrochenen Wahlversprechen der Republikaner (und Bushs anfängliche Leugnung des Alkoholmissbrauchs) demobilisiert war – auf vier Millionen Stimmen wurde das im Jahr 2000 entgangene Wählerpotenzial geschätzt. Dieses Mal zählten die Stimmen der tiefreligiösen Amerikaner besonders in den »swing states« des mittleren Westens, wo ihr Anteil an der Wählerschaft bis zu einem Drittel beträgt. Mobilisiert wurden die religiösen Lobby-Gruppen unter anderem durch parallele Volksentscheide gegen die Homo-Ehe (die Bush für verfassungswidrig erklären lassen will)¹⁴, so dass am Ende von den rund neun Millionen Stimmen, die Bush gegenüber 2000 hinzugewinnen konnte, etwa ein Drittel aus dem evangelikal-fundamentalistischen Milieu stammte. Dieses hat unterm Strich die Wahl entschieden.

13. Vgl. dazu David Brooks, »How to Reinvent the G.O.P.«, *New York Times* 29.8.2004.

14. Vgl. dazu Claus Leggewie, »Wahlkampf mit der Homoche«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5/2004, S. 536–38. In insgesamt 13 Bundesstaaten stimmten die Wähler in Referenden für ein Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Diese Wählerklientel wird nun auf die Berufung ultrakonservativer Richter in höchste Staats- und Bundesgerichte drängen und ein Ende der liberalen Abtreibungsgesetze verlangen. Bushs Prinzipienfestigkeit hat in den letzten Monaten auch praktizierende Katholiken beeindruckt. Von einer evangelikalischen Veto-Macht republikanischer Parteitage hat sich die religiöse Rechte zu einer konservativen Protestanten, Katholiken, Juden und auch Muslime umfassenden Hauptströmung des politischen Systems gemauert. Fundamentalistische Einpeitscher wie James Dobson und Paul Weyrich, denen vor Jahren noch die Dissoziation vom neokonservativen Lager (als so genannte »theocons«) nachgesagt und geradezu Putschgelüste gegen die amerikanische Republik unterstellt wurden, bilden heute die treueste Anhängerschaft des Weißen Hauses und einen Eckpfeiler der G.O.P.¹⁵

Entscheidend für den Wahlausgang war, dass Kerry weniger fundamentalistisch und streng ausgerichtete Gläubige nicht hinreichend mobilisieren konnte, die zwar in Fragen der Abtreibung und Alltagsmoral konservativ sind, aber bei Krieg und Sozialversicherung, Budgetdisziplin und Bürgerrechten Vorsicht walten lassen und das forsche Vorpreschen des Präsidenten gegen die Homo-Ehe missbilligen. Viele Beobachter hatten die Demokraten davor gewarnt, sich auf Atheisten, Agnostiker und militante Säkularisten zu stützen – auch wenn deren Anteil in den vergangenen Jahren ebenfalls beachtlich gewachsen ist und von einzelnen Instituten auf fast 30 Prozent der US-Bevölkerung geschätzt wird – und die gemäßigt Religiösen rechts liegen zu lassen.¹⁶

Die indolente Haltung von George W. Bush und Mitgliedern seiner Administration zu Fakten, Einwänden und Rechtspositionen, die ihrer Politik entgegenstehen, hat dem Präsidenten und seiner Partei keine Niederlage eingebracht. Man kann dies allein aus religiösen Hintergründen verstehen, die der Regierung eine lächelnde Siegesgewissheit geben, egal welche Meldungen aus dem Irak kommen und wie oft Lügen und Manipulationen nachgewiesen werden.¹⁷ Diese Missachtung positiven Wissens und rationaler Argumentation verweist auf eine andere Logik, die man exemplarisch in den prämillenarischen Fantasieromanen des Reve-

15. *The Economist* 2.10.2004 und 13.11.2004.

16. Amy Sullivan, »Do Democrats Have a Prayer?«, in *Washington Monthly*, Juni 2003 (<http://www.washingtonmonthly.com/features/2003/0306.sullivan.html>).

17. Vgl. dazu jetzt den Essay von Joan Didion, »Politics in the ›New Normal‹ America«, *New York Review of Books*, Bd. 51, Nr. 16, 21.10.2004.

rend Tom LaHaye studieren kann, die in der mittlerweile 13 Bände umfassenden Reihe »Left Behind« erschienen sind.¹⁸ LaHayes gläubige Leser sind fest vom nahen Weltende überzeugt, der 11. September hat sie darin noch bestärkt. Armageddon – die letzte aller Schlachten – wird in ihrer Lebenszeit ausgefochten, deswegen hat der Kampf um Israel und Babylon (= Bagdad!) nicht nur symbolische Bedeutung und ist der Kampf gegen die UNO (die bei LaHaye von einem rumänischen Finsterling namens Nicolae Carpathia geführt wird) so vordringlich. Denn die Schlacht im Nahen Osten gilt diesen christlichen Zionisten als Anzeichen der letzten Auseinandersetzung (und Möglichkeit zur Bekehrung der Juden), die Vereinten Nationen sind ihnen eine Inkarnation des Antichrist. Eine marginale, häretische Theologie des 19. Jahrhunderts, der »dispensationalism« des Evangelisten John Nelson Darby, und wörtliche Bibel-Lektüre als Fahrplan für die zeitgenössische Politik sind damit zum Massenphänomen geworden. Dies mag noch nicht die Strategie des Weißen Hauses bestimmen, durchzieht als Ideologem und Interpretament aber die US-amerikanische Gesellschaft und Wählerschaft. Über 60 Millionen Exemplare der Left-Behind-Serie sind verkauft worden, und dieses Sektierertum, tief in der populären Massenkultur verwurzelt, bildet einen »masterframe« der Innen- und Außenpolitik. Über CD's und DVD's, Videos und Webseiten, Kinderbücher und Comics, interaktive Spiele und message boards, Accessoires und Bildschirmschoner ist die Left Behind-Kampagne millionenfach repliziert und mindestens so einflussreich wie das Disney-Imperium. Talk-Radios und Megakirchen tun ein Übriges, um die Codeworte einzuführen und in Umlauf zu bringen, die aufgeklärte Liberale nicht einmal gehört haben.

Imperial Presidency revisited

Als Imperial Presidency hat der Historiker Arthur M. Schlesinger Jr. den Versuch Richard Nixons charakterisiert, in Kriegszeiten (seinerzeit Vietnam) Verfassungskompetenzen der Legislative zu usurpieren und die Ge-

18. Ein vierzehnter Band soll die Reihe abschließen. Sie erscheint seit 1995 im Tyndale Verlag in Wheaton, Illinois (auf deutsch seit 1996 bei Gerth Medien). Vgl auch die Webseite www.leftbehind.com und zum 12. Band (*Armageddon: The Cosmic Battle of the Ages*, 2003) die Besprechung von Joan Didion, »Mr. Bush & the Divine«, in: *New York Review of Books* Bd. 50, Nr. 17, 6.11.2003.

waltenteilung, das für die USA sprichwörtliche System der »checks and balances«, auszuhebeln.¹⁹ Damals zog das Weiße Haus die gesamte »war-making power« an sich und versuchte, dem Kongress die in der Verfassung verbürgte Mitbestimmung in Fragen von Krieg und Frieden zu entreißen; überdies hielt Nixon dem Kongress mit Verweis auf Notstands- und Geheimhaltungsgründe Informationen vor und setzte Mittel, die zur Bekämpfung eines äußeren Feindes bewilligt worden waren, zum Kampf gegen das amerikanische Volk ein. Bekanntlich hat sich der Kongress diesen Versuchen und illegalen Aktionen erfolgreich widersetzt, und im War Powers Act von 1973 wurden die Rechte der Senatoren und Abgeordneten in Fragen von Krieg und Frieden ausdrücklich bestärkt.

Was Bush Jr. seit 2000 getan hat, ist von den Machenschaften Nixons weit entfernt – was er erreicht hat, geht aber weit über dessen Vorstöße hinaus. Wenn Bush im Krieg gegen den Terror in Besorgnis erregender, völlig »unamerikanischer« Weise die Exekutive aufgebläht und Freiheiten der Amerikaner wie ausländischer Personen beschnitten hat, dann geschah dies stets im Einvernehmen mit dem Kongress, der seit den Zwischenwahlen im November 2002, gegen den üblichen Trend zum »divided government«, vollständig unter präsidentialer Mehrheit steht. 380 Milliarden Dollar bewilligte der Kongress allein im Haushaltsjahr 2003 an Militär- und Rüstungsausgaben und erteilte damit praktisch jeder Haushaltsdisziplin eine Absage. Debattiert wurde darüber nur ein paar Stunden, ebenso bei den späteren Nachschlägen, die die Staatsschulden absurd in die Höhe trieben. Wäre der Begriff nicht so besetzt, könnte man von einer Ermächtigungspassivität des Kongresses sprechen.

Präsident Bush agierte nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in einem juristischen Vakuum und griff bei der Behandlung der in Afghanistan und im Irak gemachten Gefangenen auf unpassende Präzedenzfälle aus dem Zweiten Weltkrieg zurück. Das konnte er nur, weil die amerikanische Legislative in ihren eifertigen und Partei übergreifenden Bemühungen, dem Präsidenten im Krieg gegen den Terror mit Milliarden Dollar beizustehen, nicht gesetzlich präziserte, was mit Terrorver-

19. In der amerikanischen und deutschen Politikwissenschaft wird die These zumeist zurückgewiesen, vgl. Söhnke Schreyer, Zurück zur »imperialen Präsidentschaft«? Parteien, Präsident und Kongress Post 9/11, ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht 2, Frankfurt/Main 2003 und Jürgen Wilzewski, »Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45/2003, S. 24ff.

dächtigen zu geschehen habe, die weder Kriegsgefangene im klassischen Sinne noch einfache Straftäter sind. Die Folgen hat der Oberste Gerichtshof im Sommer 2004, gewissermaßen die Notbremse ziehend, herausgestellt. Er gab dem amerikanischen Präsidenten zwar Recht in der Frage, ob man »feindliche Kombattanten« jenseits des geltenden Völkerrechts gefangen halten darf. Aber die Mehrheit der Bundesrichter versetzte George W. Bush zugleich eine schallende Ohrfeige, in dem sie entschied, dass Amerika sich nicht über internationales Recht erheben darf und ein Präsident auch in Zeiten des Terrors nicht über dem Gesetz steht. Es mag sein, dass man Terrorverdächtige länger in Haft behalten muss, und ihnen mögen nicht alle Rechte zustehen, die Kriegsgefangene oder Kriminelle genießen. Aber diese Notwendigkeit ist, wie sogar der Bush-freundliche Richter Antonin Scalia in einem Minderheitsvotum ausführte, nicht offen und demokratisch begründet und gesetzlich fundiert worden.

In Kriegs- und Krisenzeiten schlägt die »Stunde der Exekutive«.

Ein Pfeiler der oft gelobten amerikanischen Gewaltenteilung ist damit gestärkt worden: Die Judikative hat die Exekutive deutlich in ihre Schranken verwiesen. Aber wenn Guantanamo- und andere Gefangene nun gegen ihre ungesetzliche Behandlung klagen, belegt das umso deutlicher, dass der Kongress seine Pflichten vergessen hat. Er darf nicht darauf warten, was die langwierige und höchst verschachtelte Rechtsprechung in Sachen Guantanamo erbringen wird, sondern er müsste, wie amerikanische Verfassungsrechtler schon lange fordern²⁰, endlich tätig werden. Ob er dazu die politische Courage aufbringen wird, ist allerdings zweifelhaft. Denn in Kriegs- und Krisenzeiten – und seit 1941 war die Lage im amerikanischen Bewusstsein nie so ernst wie jetzt – schlägt die »Stunde der Exekutive«. Es agiert der Präsident, der Kongress reagiert, und seit 2001 stand er bis auf wenige Dissidenten wie ein Mann hinter Bush. Die obszöne Sprache, die Vizepräsident Dick Cheney bei einer Anhörung gegen kritische Volksvertreter wählte, zeigt, was man im Weißen Haus von einem Kongress hält, der sich sozusagen selbst entmannt hatte. Kenner der Szene in Washington monieren, dass die Ausschüsse, das traditionelle Rückgrat der Gesetzgebung, ständig an Bedeutung verlieren,

20. Ronald Dworkin, »What the Court Really Said«, in: *The New York Review of Books*, Bd. 51, Nr. 13, 12.8.2004

nicht zuletzt durch vom Kongress selbst verfügte Kürzungen von Finanzmitteln und Arbeitszeiten der Mitarbeiter.

Doch ist die imperiale Präsidentschaft natürlich keine Folge von Geldmangel und Unachtsamkeit. Sie ist Ausdruck der Tatsache, dass der Schwerpunkt der politischen Agenda (wie im Wahlkampf) nun bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen und dem Ausnahmecharakter der »neuen Kriege« liegt. Deren Unkalkulierbarkeit steigert die Bereitschaft des Kongresses, gewissermaßen unbegrenzt Mittel zu bewilligen. Die Vormachtstellung des Weißen Hauses wird bestärkt durch die zunehmende außenwirtschaftliche Verflechtung der US-Wirtschaft; der Kongress gab dem Weißen Haus eine »fast track«-Vollmacht in handelspolitischen Fragen, eine summarische Gesetzesgewalt, die der Präsident nach Belieben ausfüllen kann. Hinzu kommt die Stärkung der Regierung durch das Wahlergebnis: Konnte sich Bush bisher auf seine (schwankenden) »approval rates« und eine bei allen Schwankungen für ihn positive Medienwirkung verlassen, so hat er im November 2004 ein Mandat bekommen, dass so eindrucksvoll war, dass der moderate (und einflussreiche) republikanische Senator Arlen Specter Bush schon davor warnte²¹, nun nicht übermütig zu werden. Was ferner eine imperiale Präsidentschaft erleichtert, ist die starke Partei-Unterstützung durch eine »nationalisierte«, zugleich aber in den meisten Staaten und Wählermilieus gut verankerte GOP, das mit der November-Wahl ausgebaut »unified government« und nicht zuletzt die dargestellte Glaubensbereitschaft und Heilserwartung eines großen Teils des amerikanischen Volkes.

Was gegen eine Neuauflage der imperialen Präsidentschaft spricht, ist zunächst nur das von vielen US-Bürgern als »unamerikanisch« empfundene Gewicht des Staates als Repressionsapparat in Gestalt des »Superministeriums« der Homeland Security und auch als Investor, dessen Ausgaben schon den Vorwurf der Rückkehr eines (nunmehr konservativen) »big government« laut werden ließen. Ferner stehen einer imperialen Präsidentschaft das tief sitzende Misstrauen gegen jede Machtballung und eine auf Tyrannisvermeidung und Graswurzelbeteiligung ausgelegte Verfassungstradition entgegen, in deren Zentrum die strikte, auf Montesquieu und Madison zurückgehende Gewaltentrennung steht.²² Sie hat

21. Im Bezug auf die Neubesetzung des Supreme Court, vgl. *Houston Chronicle* 3.II.2004, www.chron.com/cs/CDA/ssistory.mpl/politics/2883040.

22. Das einschlägige Zitat aus den *Federalist Papers* (75) lautet: »Die Geschichte des menschlichen Verhaltens bietet keine Gewähr für eine so hohe Meinung von der

ein komplexes System der Gewaltenverschränkung erzeugt und einen weit reichenden und »bipartisanen« Kompromisszwang bewirkt, der gerade das Verhältnis von Kongress und Präsident betrifft. Solche Neigungen, einen aus dem Ruder laufenden Präsidenten wieder »einzufangen« und dem neokonservativen Internationalismus wieder ein »America first«, einen protektionistischen und isolationistischen Reflex, entgegenzustellen²³, würden zudem George W. Bushs absehbareren Versuch behindern, die konservative Revolution zu exportieren und die religiöse Agenda zu internationalisieren.

Zweierlei Säkularisierung: das Ende des amerikanischen Sonderwegs?

Säkulare Europäer reiben sich verwundert die Augen, in welche Götter- und Geisterwelt sie geraten sind. Hier der Fanatismus islamistischer Prediger und Attentäter, dort der Präsident einer Weltmacht als wiedergeborener Christ. Hat der große Religionssoziologe Max Weber nicht vorhergesagt, die Frömmigkeit der Amerikaner werde sich mäßigen, wenn auch die USA voll im Griff der kapitalistischen Moderne seien? »Die rapide Europäisierung drängt heute die kirchliche Durchdringung des ganzen Lebens, die dem genuinen ›Amerikanismus‹ spezifisch war, überall zurück«, schrieb Weber vor hundert Jahren, und er schätzte, ein organisiertes und hierarchisches Kirchenwesen werde sich auf Kosten des horizontal-egalitären Sektenwesens durchsetzen. Offenbar haben die USA einen anderen Pfad der Säkularisierung eingeschlagen, und dieser Weg scheint sich global auszubreiten, während West-Europa den Sonderweg beschritten hat.

Um die These von den »zwei Säkularisierungen« und der Amerikanisierung der Religionswelt zu begründen, muss man etwas ausholen: Zu dem seit dem 18. Jahrhundert laufenden Prozess der Säkularisierung gehören landläufig drei Elemente: die Trennung von Staat und Kirche (bzw.:

menschlichen Tugend, als dass es sich für eine Nation empfehlen würde, so heikle und entscheidende Interessen, wie den Umgang mit dem Rest der Welt, der alleinigen Entscheidungsbefugnis eines Leiters der Exekutive anzuvertrauen, die so geartet ist wie das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten« (zit. nach Wilzewski, a.a.O. S. 25).

23. Deren latente Bedeutung mag man an Beiträgen einflussreicher konservativer Publizisten wie Samuel P. Huntington (*Who we are?*, Hamburg 2004) und George F. Will (*Washington Post* 31.10.2004) abschätzen.

von Religion und Politik), zweitens die Verdrängung religiöser Weltbilder und Symbole aus dem öffentlichen Raum und drittens der Rückgang der Volksfrömmigkeit. So hoch die amerikanischen Verfassungsväter die Trennmauer zwischen jeder einzelnen Religion und der staatlichen Sphäre gezogen haben, so wenig ließ sich die amerikanische Gesellschaft vom europäischen Trend zur Profanierung und Entchristlichung des privaten und öffentlichen Lebens anstecken. Während es in vielen Gesellschaften Europas zu einer Säkularisierung im umfassenden Sinne kam, einschließlich der Entchristlichung, hielt sich die Ausübung der zahlreichen Glaubensüberzeugungen in den Vereinigten Staaten auf hohem Niveau. Diese sorgen *gemeinsam* für eine starke Präsenz des Religiösen im öffentlichen Raum. Neutralität des Staates bedeutet nicht zwangsläufig Verdrängung der Religion aus der »public sphere«, auch nicht deren Entpolitisierung. Die Bürger der Vereinigten Staaten betätigten sich über Jahrhunderte hinweg religiös, *gerade weil* die US-Verfassung die Etablierung *einer* Kirche als Staatskirche und *einer* Religion als Staatsreligion von vornherein ausschloss. Deshalb konnte das öffentliche Leben jenseits des Atlantiks weit stärker religiös geprägt bleiben als in der Alten Welt.

Die starke öffentliche Präsenz der Religion in den USA hängt also nur scheinbar paradox mit der Tatsache zusammen, dass jede symbiotische Verbindung zwischen Staat und (Staats-)Kirche beseitigt wurde, sich Religiosität also weniger institutionell denn individuell ausprägen und behaupten musste. Und das heißt: In der lockeren Struktur freiwilliger und miteinander konkurrierender religiöser Gemeinden konnten Bürger und Arbeiter, intellektuelle und politische Eliten besser religiös bleiben als in den machtgestützten Arrangements zwischen Religion und Politik in Europa. Weil keine Religionsgemeinschaft ein Monopol auf die spirituelle Vertretung des amerikanischen Volkes in Anspruch nahm, konnte dieses Volk in seiner vielfältigen Gesamtheit durch *alle* Religionsgemeinschaften repräsentiert bleiben und aus dieser friedlichen Koexistenz heraus wiederum die Vorgaben für die amerikanische *Zivilreligion* entwickeln.

Markt oder Staat?

Zwei Angebote zum Umgang mit religiösem Pluralismus

Hieran aktualisiert sich die klassische Frage politischer Theorie: Wie reguliert man, nunmehr weltweit, religiösen Pluralismus – und wer ist dafür zuständig? Grundsätzlich kann man zwei Argumentationslinien

unterscheiden, eine politisch-staatliche und eine markt-wirtschaftliche. Die erste beschreibt einen Gedankengang von Thomas Hobbes zu Max Weber und Carl Schmitt und reklamiert für die Herbeiführung friedlicher Koexistenz rivalisierender Religionsgemeinschaften (mit ihren stets exklusiven und konträren Wahrheitsansprüchen) die Alleinzuständigkeit politischer Ordnungsmächte, das heißt: das staatliche Gewaltmonopol auf der Grundlage von Rechtsprechung.

Die zweite vertraut hingegen auf den friedlichen Wettbewerb im Rahmen eines durch eben diese Konkurrenz garantierten kulturellen Pluralismus. Regulator möglicher Konflikte ist nicht der Hobbesianische Staat und die von ihm gestiftete Kohabitation, sondern der Markt und die auf ihm realisierten Nutzenkalküle der Individuen. In den USA ist persönliche Frömmigkeit mit den Usancen der freien kapitalistischen Marktwirtschaft vollständig kompatibel, Religionsgemeinschaften gerieren sich oft wie kapitalistische Unternehmen. Wirtschaftlicher Erfolg gilt, nicht nur in bestimmten Sparten des Protestantismus, als bester Beweis, von Gott auserkoren und des ewigen Lebens würdig zu sein, und im Kapitalismus kann man ökonomisch nun eindeutig am besten glänzen.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass nun auch die USA den pluralistischen Weg des Seelen-Wettbewerbs verlassen.

Dem kam die früh auf Wettbewerb getrimmte Religionsstruktur entgegen: Sekten und Denominationen können weder im Prinzip noch in der Praxis über ihre Gläubigen verfügen, sie müssen stets um sie werben. Gläubige werden als autonome und eigensinnige Individuen angesprochen, die aus eigener Gewissensentscheidung zu ihrem Bekenntnis gelangen, auch wenn sie sich am Ende von ihren biographischen Wurzeln und sozialen Milieus nicht weit entfernen. Bei aller Vielfalt stimmen so gut wie alle amerikanischen Gläubigen (und anders als der Vatikan auch die US-Katholiken) in der Affirmation des kapitalistischen Marktes überein. Wenn Gläubige somit als Konsumenten oder Kunden angesprochen werden und sich religiöse Sekten nicht durch wohlfahrtsstaatliche Alimentation reproduzieren, herrscht folglich auch überall Mission, die freilich nicht machtgestützt mit Zwang vorgehen kann, sondern »persuasiv« auftreten muss (wie Handelsvertreter, die ein Produkt zum Kauf anbieten).

Aus dieser Erfahrung heraus hat ein Nachfolger Max Webers, Peter Berger, den europäischen Kirchen die Umwandlung in eine »McJesus,

Inc.«, eine Art »Nachfrage-Diakonie« angeraten. Das würde bedeuten: Religionen überzeugen nicht als mehr oder weniger etablierte Staats- und Landeskirchen, sondern durch das täglich neu zu generierende Engagement und die Überzeugungskraft der Glaubensgemeinschaften. Religiöse Gemeinschaften können in der Weltgesellschaft nicht länger selbstvidente Wahrheiten in ihren jeweiligen kulturellen Kontexten verkünden, sie stehen mit anderen Wahrheitsansprüchen in einem Wettbewerb, im ökonomischen Sinne des Wortes. Einerseits werden ererbte religiöse Kollektividentitäten durch individuelle Religionswahl und -ausübung unterminiert, andererseits erlaubt die Globalisierung die Rekonstruktion und Wiederbelebung partikularer religiöser Wir-Gefühle, die nun aus einem erweiterten Angebot schöpfen können. So erscheint die Inklusion von Muslimen besser möglich als in den Quasi-Staatskirchensystemen in Europa, und gerade diese Aussicht stachelt islamische Fundamentalisten an.

Verschiedene Anzeichen deuten aber darauf hin, dass nun auch die USA den pluralistischen Weg des Seelen-Wettbewerbs verlassen. Zum einen geht die von Präsident Bush favorisierte Sozial- und Bildungspolitik hart an die Grenze der amerikanischen Verfassung, indem »glaubensbasierte Initiativen« Unterricht und Wohlfahrt übernehmen und dabei offen religiöse Propaganda und Proselyten machen. Zum anderen gibt es in Bushs Elektorat und Entourage nicht wenige »christliche Zionisten«, die den Religionsfrieden aufkündigen, indem sie die offene, kreuzzugartige Auseinandersetzung mit dem Islam propagieren und die pragmatische Außenpolitik dem Ziel der Re-Christianisierung unterwerfen.

Der fundamentalistische Protestantismus ist in den Sog einer extremistischen Häresie geraten, deren Neigung zu Manipulation und Politisierung nicht nur Agnostikern Sorgen bereitet, sondern gerade auch Gläubige aller Konfessionen beunruhigen muss. Ähnlich wie im islamischen Fundamentalismus wird Religion in den USA immer stärker für weltlich-reaktionäre Zielsetzungen missbraucht. Die spannende Frage der nächsten zwei bis vier Jahre lautet also, ob sich extreme Kräfte in der Administration und Gerichtsbarkeit breit machen und die Legislative unter Druck setzen können oder ob sie durch die von Bush gewonnene zentristische, hier vor allem katholische Wählerschaft in die Schranken gewiesen werden, die staatlich-gesetzliche Einmischung in moralische Fragen weniger tolerieren, in Fragen der Umwelt-, Sozial- und Entwicklungspolitik aber doch wieder nach einem fürsorglicheren Staat rufen könnten. Politische Moral hat immer verschiedene Seiten.